



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 27.06.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 29.05.2018, 16:10 Uhr bis 17:33 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Gutzeit
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Ulrich Breite	FDP	stellvertretend für Herrn Dr.- Albach

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD

Herr Helmut Jung	CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna Mikecz von	auf Vorschlag der Grünen
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Viktor Grimm	auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Carla Stüwe	Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

Schritfführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Verwaltung

Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
------------------	---

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er ruft ein tragisches Ereignis vom Vortag in Erinnerung, das fraglos alle im Raume Anwesenden traurig und schockiert zurückgelassen habe. Bei einem Rechtsabbiegevorgang eines Mülltransporters der Abfallwirtschaftsbetriebe sei ein kleines Kind ums Leben gekommen.

Im Namen des gesamten Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe drückt Herr Struwe den Eltern und Hinterbliebenen des Kindes sein aufrichtiges Beileid und Mitgefühl aus.

Anschließend gedenken alle Anwesenden in einer Schweigeminute des kleinen Jungen.

Im Anschluss daran macht Herr Struwe auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.2, 1.3 und 1.5 im Ausschuss Umwelt und Grün werden voraussichtlich in der nächsten Sitzung beantwortet.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Recycling von Diensthandys und -tablets wurde in den Betriebsausschuss geschoben.

Herr Struwe schlägt vor, in Anbetracht des Ereignisses vom Vortag, mit der Sitzung des Betriebsausschusses zu beginnen und den Punkt bezüglich der Unfallthematik vorzuziehen und formal als mündliche Anfrage zu behandeln.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:¹

¹ Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Tragischer Unfall am 28.05.2018 mit Müllfahrzeug der AWB**
- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
betreffend
Recycling von Diensthandys und -tablets
AN/0733/2018
- 3 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**
- 5 Mitteilungen**
- 6 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 7 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 10 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 11 Vergaben**
- 12 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**
- 13 Mitteilungen**
- 14 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Tragischer Unfall am 28.05.2018 mit Müllfahrzeug der AWB

RM Herr Brust berichtet in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der AWB, dass er sich bei den AWB erkundigt habe, was man dort unternommen habe, um derartige Unfälle zu vermeiden.

Bisher habe es für Müllfahrzeuge serienmäßig noch keine Abbiegeassistenten gegeben. Allerdings habe die AWB bereits im letzten Jahr an 4 Fahrzeugen verschiedene Systeme getestet. Zum einen handelte es sich um 2 Fahrzeuge mit Kameras, die die Seitenräume rechts und links der Fahrzeuge beobachteten und diese dem Fahrer über Monitor anzeigten. Diese hätten den Nachteil, dass der Fahrer neben den vielen Seitenspiegeln noch mehr beachten müsse.

Alternativ seien noch 2 andere Sensorsysteme getestet worden, die akustische Signale geben, falls sich eine Person im toten Winkel des Fahrzeugs befinde.

Ursprünglich hatte man beabsichtigt, mit den Fahrern zu besprechen, welches der beiden Systeme sich am besten eigne. Man habe dann bei der Ausschreibung im 1. Quartal 2018, also noch vor dem Unfall, für eine neue Beschaffung von Fahrzeugen auf die Auswertung verzichtet und alle Fahrzeuge mit beiden Assistenten, also akustisch und mit seitlichen Kameras, bestellt.

Es sei jetzt besonders tragisch, dass der kleine Junge zu Tode gekommen sei, bevor diese Fahrzeuge hätten ausgeliefert werden können.

Alternativ gebe es Hilfssysteme von anderen Firmen. Diese hätten jedoch noch keine Zulassung von der Berufsgenossenschaft und hätten bisher nicht eingesetzt werden können.

Herr Brust fasst zusammen, dass es jetzt 4 Fahrzeuge mit diesen Assistenten gebe, bald neu bestellte Fahrzeuge mit beiden Assistenten sowie in Zukunft natürlich alle Fahrzeuge mit beiden Assistenten.

Herr Brust bittet, darüber zu informieren, welche Fahrzeuge beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und bei der Feuerwehr eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang gebe es viele Nachfragen bei der Politik, wie städtische Fahrzeuge ausgerüstet seien.

Herr Kaune kündigt an, in der nächsten Sitzung differenziert darüber zu berichten.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

Hierzu liegt nichts vor.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betreffend Recycling von Diensthandys und -tablets AN/0733/2018

SB Herr Schallehn spricht zum gemeinsamen Antrag und berichtet von einer Firma, die die alten Handys einsammle und so aufbereite, dass sie wiederverkauft werden können. Wenn dies nicht möglich sei, sollten sie einem Recycler gegeben werden, der die Rohstoffe wiedergewinne. Er wirbt um Zustimmung zum Antrag.

SB Herr Becker findet namens der SPD-Fraktion die Idee grundsätzlich vernünftig. Allerdings passe der Antragsbetreff nicht ganz zum Inhalt des Antrags, da nicht nur Handys aus der Verwaltung sondern alle Handys recycelt werden sollten. Bevor die SPD-Fraktion dem Antrag zustimme, bitte er die Verwaltung um Stellungnahme zum Stand der Umsetzung und den Antrag in die nächste Sitzung zu verweisen.

SE Herr Pergande begrüßt für die FDP-Fraktion die Initiative. Man habe sich nur gefragt, warum nicht auch die Stadtwerke und die städtischen Kliniken mit einbezogen werden. Auch fielen ihm noch weitere elektronische Geräte ein, die recycelt werden können, z. B. elektronische Schlüssel.

RM Frau Akbayir kündigt für die Fraktion Die Linke an, dem Antrag zuzustimmen. Sie interessiere noch die sichere Gestaltung der Boxen und das Recycling bzw. die sichere Entsorgung der Schadstoffe.

RM Frau Welcker betont, dass eine Wiederverwertung angestrebt werde, sofern dies möglich sei. Hierauf sollte bei der Ausschreibung geachtet werden, damit jemand gefunden werde, der dazu in der Lage sei. Der Antrag könne jetzt oder auch später erweitert werden. Den Antrag stellenden Fraktionen sei es zunächst wichtig, das, was an städtischem Potenzial vorhanden sei, zu sammeln und deshalb bei der Stadtverwaltung zu beginnen. Andere Bereiche könnten sich gerne anschließen und dem Beispiel folgen.

SB Herr Schallehn erläutert hinsichtlich der Sicherheit der Sammelboxen, dass diese aus einem abschließbaren Metallbehälter bestünden.

Frau Stüwe informiert darüber, dass Handys bereits erfasst und über die Elektroaltgerätesammlung eingesammelt werden. Die Verwaltung werde gerne prüfen, ob auf dem Markt eine Wiederverwertungsmöglichkeit für größere Mengen gegeben sei. Allerdings werde man dies nicht auf die Diensthandys beschränken, da die Sammlung gebührenfinanziert sei und daher für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein müsse.

Die Verwaltung werde im nächsten oder übernächsten Betriebsausschuss eine entsprechende Stellungnahme zur Verfügung stellen.

SB Herr Becker weist darauf hin, dass es heute bereits in Bezirksvertretungen und Schulen Sammelboxen gebe. Ihn interessiere, wie das Recycling heute gehandhabt werde und worin der Unterschied zwischen der aktuellen und der zukünftigen Wiederverwertung bestehe.

RM Herr Brust verweist auf einen Artikel in der Rundschau, in dem über die Aufstellung der Sammelboxen berichtet worden sei.

An Herrn Becker gewandt berichtet er, dass es Sammelboxen der betreffenden Firma gebe, die in Schulen aufgestellt seien und die von der Firma abgeholt werden. Die Sammlungen der AWB erfolgten nach dem Elektrokleingerätegesetz, wobei die Handys mit anderen Geräten vermischt seien. Dies solle durch den Antrag geändert werden, sodass dann die Handys getrennt von Kleingeräten eingesammelt werden. So könne auch die Wiederverwendung gezielt angestrebt werden.

Zum Antrag erläutert er, dass die Sammelboxen sowohl in städtischen Gebäuden, als auch in Bürgerbüros und Wertstoff-Centern aufgestellt sollen und somit für jeden erreichbar seien.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe fasst zusammen, dass zum einen ein gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vorliege und zum anderen seitens der SPD-Fraktion verschiedene Fragen zur praktischen Umsetzbarkeit gestellt wurden mit der Bitte, den Antrag zu vertagen mit der Maßgabe an die Verwaltung, zu den Fragen der praktischen Umsetzbarkeit Stellung zu nehmen.

- Nach kurzer Abstimmung über dieses Verfahren stellt er die mündlich beantragte **Zurückstellung des gemeinsamen Antrags** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der gemeinsame Antrag wird vertagt mit der Maßgabe an die Verwaltung, zu den Fragen der praktischen Umsetzbarkeit Stellung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt er über den gemeinsamen Antrag abstimmen:

Beschluss:

1. Die Stadt Köln /AWB stellt in städtischen Gebäuden, den Bürgerbüros und Wertstoff-Centern Sammelboxen für das Recycling von Handys, und wenn möglich, auch Tablets, auf.
2. Bei der Ausschreibung für die Verwertung ist darauf zu achten, dass ein möglichst hoher Anteil der Geräte zur Wiedernutzung aufbereitet wird und für den Rest beim Recycling eine möglichst hohe Wiedergewinnung von Rohstoffen garantiert wird.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion **bei Enthaltung der SPD-Fraktion.**

3 Allgemeine Beschlussvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

5 Mitteilungen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Ablagerungen von wildem Müll im LSG am Höhenfelder See Mündliche Anfrage von Herrn Donath

SE Herr Donath berichtet, dass Grasschnitt in erheblichen Mengen im Landschaftsschutzgebiet am Höhenfelder See abgelagert worden sei. Dabei wurde anscheinend unter Verwendung eines Schlüssels mit einem Fahrzeug in das LSG gefahren.

Er möchte wissen, was in einem solchen Fall zu tun sei, denn wenn er dies bei den AWB melde, beseitige die AWB den wilden Müll und die Umweltsünder verstünden dies als Aufforderung, gleich erneut dort Müll abzulagern.

Frau Stüwe bestätigt, dass dies ein bekanntes Problem bei Littering sei. Es gebe immer Bereiche, die regelmäßig zugemüllt werden, selbst wenn der Ordnungsdienst vor Ort sei. Sobald dieser weg sei, entstünden dort wieder wilde Müllkippen.

Sie sagt eine Prüfung der örtlichen Gegebenheiten zu. Die Beseitigung erfolge über Littering.

7.2 Entsorgung benzinbetriebener Rasenmäher Mündliche Anfrage von Herrn Götz

RM Herr Götz fragt, wie benzinbetriebene Rasenmäher entsorgt werden können.

Frau Stüwe sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

7.3 Fehlende Antwort der AWB auf Meldungen von wilden Müllablagerungen Mündliche Anfrage von Herrn Schallehn

SB Herr Schallehn berichtet, dass er sich mehrfach wegen wildem Müll über die entsprechende Mailadresse an die AWB gewandt, jedoch noch nie eine Antwort über dessen Beseitigung erhalten habe. Er fragt, wie dies grundsätzlich seitens der AWB gehandhabt werde.

Frau Stüwe informiert darüber, dass eine Rückmeldung seitens der AWB erfolgen müsste. Sie werde sich bei den AWB erkundigen.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)